



ATR - Pressemeldung 70727

## Deutschland - Türkei ATR-Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Ankara

Mit Herrn Dr. Eckart Cuntz sprach der ATR-Chefredakteur Jürgen P. Fuß

Am Sonntag dieser Woche haben die türkischen Bürger in einer vorgezogenen Neuwahl die Kandidaten für das neue Parlament gewählt. Die Wahl ist durch drei Ergebnisse charakterisiert, die wesentliche Veränderungen gegenüber dem Wahlergebnis von 2002 bedeuten.

Die AKP hat ihren Stimmenanteil deutlich erhöhen können, von rund 34 auf rund 46 Prozent. Auch die Wahlbeteiligung ist mit 84 Prozent deutlich höher, als bei der Wahl im Jahre 2002. Schließlich hat es die als konservativ nationalistisch eingestufte MHP geschafft, wieder im Parlament vertreten zu sein.

Nicht nur deutsche Geschäftsleute, sondern auch die in der Türkei lebenden Residenten fragen sich natürlich, ob dieses Wahlergebnis auf die „alltäglichen“ Verhältnisse - sprich: auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen - Einfluss haben wird.

Anlass für die Aktuelle Türkei Rundschau mit dem deutschen Botschafter in Ankara, Dr. Eckart Cuntz, ein Gespräch über die aktuelle Situation zu führen.

ATR: Herr Dr. Cuntz, während Beobachter der politischen Szene viele Monate davon ausgingen, dass die AKP höchstens das Wahlergebnis von 2002 wieder erreichen würde, zeichnete sich in den letzten Tagen ein verändertes Bild ab. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen kann sich die AKP als der große Sieger dieser Wahl betrachten.

Der türkische Ministerpräsident und seine Partei treten trotz aller Schwierigkeiten bei den Beitrittsverhandlungen mit der EU nach wie vor unverändert für eine nach Europa gewandte Politik ein. Innerhalb der türkischen Bevölkerung hat sich aber nach Umfrageergebnissen in den letzten eineinhalb Jahren eine deutliche Abschwächung der - nennen wir es „Europabegeisterung“ gezeigt. Ist dies ein Widerspruch, oder gibt es hierfür eine plausible Erklärung?

Botschafter Dr. Cuntz:

Es ist richtig, dass die Regierung von Ministerpräsident Erdogan einen beachtlichen politischen und wirtschaftlichen Reformkurs seit dem Regierungsantritt 2002 beibehalten hat. Und sie hat sich mit ihrem EU-Gesetzes-Fahrplan für die Zeit von 2007 bis 2013 auch auf einen weiteren Reformkurs selbst verpflichtet. Ministerpräsident Erdogan hat sich in seiner Rede am Wahlabend zur Fortsetzung der EU-

# Aktuelle Türkei Rundschau

Gegründet 2004 - seit 2006 vereinigt mit Prima Leben

---

Ausrichtung und der politischen und wirtschaftlichen Reformen bekannt. Darin kann die Europäische Union Ankara nur bestärken.

Da es sich um einen langen und auch langwierigen Prozess handelt, stellt es keinen Widerspruch dar, wenn innerhalb der Bevölkerung vielleicht gewisse Ermüdungserscheinungen bei der Europabegeisterung zu verzeichnen waren. Zugleich hat aber in den Wahlen die auf den EU-Prozess ausgerichtete Politik Bestätigung gefunden.

Es muss Aufgabe der Europäer, aber vor allem auch der politisch Verantwortlichen in der Türkei - und dabei schließe ich die Opposition ausdrücklich mit ein - sein, für die bereits jetzt existierenden, greifbaren Vorzüge des Beitrittsprozesses zu werben. Das bemerkenswerte türkische Wirtschaftswachstum wird zu einem erheblichen Teil auch davon getragen, dass die Unternehmen die Integration in die europäische Wirtschaft schon heute als feste Grundlage für ihre Entscheidungen nehmen. Wenn es uns gelingt, dies stärker ins Bewusstsein zu bringen, wird sich auch die öffentliche Meinung wieder ändern.

ATR: Nicht nur türkische Bürger, sondern auch europäische Geschäftsleute und Residenten hegen immer noch Zweifel an den Beteuerungen der AKP, dass in der Türkei die strikte Trennung zwischen Religion und Staat beibehalten werden solle. Andererseits erinnern sie sich an Gesetzesvorhaben der jüngeren Zeit, z.B. mit denen der Verkauf von Alkohol eingeschränkt werden sollte. Auch beobachten sie eine stark zunehmende Bautätigkeit neuer Moscheen.

Muss man dies als Zeichen dafür werten, dass die Religion im Alltag doch einen noch höheren Stellenwert als in der Vergangenheit bekommen wird?

Botschafter Dr. Cuntz:

Ministerpräsident Erdogan hat sich noch am Wahlabend ganz klar zur Verteidigung der Grundwerte dieser Republik bekannt, d.h. den Grundsätzen des säkularen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Die AKP regiert seit 2002. In dieser Zeit ist das Land politisch freier und wirtschaftlich moderner geworden.

Ich denke, man muss Politik an ihren Taten messen. Die von Ihnen genannten Beispiele deuten zwar in eine andere Richtung, aber ich frage mich, wie sehr sie ins Gewicht fallen, angesichts der tatsächlich erlebten Liberalisierung der Gesellschaft in den vergangenen fünf Jahren.

ATR: Wenden wir uns den europäischen Geschäftsleuten und den in der Türkei lebenden Residenten zu. Können diese Menschen von der zweiten Regierungsperiode der AKP Erleichterungen für ihre Aktivitäten und ihr Leben in der Türkei erwarten? Dabei denken wir nicht nur an Verbesserungen bei der Einführung des persönlichen Hausrates, des eigenen Kraftfahrzeuges usw., sondern natürlich auch Erleichterungen beim Beantragen einer Arbeitserlaubnis.

Dr. Cuntz:

Die neue Regierung ist noch nicht im Amt und hat noch kein Programm verkündet. Ich bezweifle auch, dass sie sich darin zu derartigen Fragen äußern wird. Eines ist aber klar: Die Bundesregierung und die

# Aktuelle Türkei Rundschau

Gegründet 2004 - seit 2006 vereinigt mit Prima Leben

---

deutsche Botschaft und die Generalkonsulate werden sich auch weiterhin beharrlich dafür einsetzen, dass die berechtigten Interessen der hier lebenden Deutschen berücksichtigt werden.

Dazu gehören z.B. die Fragen der Arbeits- und Aufenthaltsbefugnisse oder die Autokennzeichen für Ausländer in der Türkei. Dafür setzt sich die Botschaft auch öffentlich ein. Dies sind wichtige Faktoren für Investitionen in der Türkei. Deshalb spielen diese oft sehr komplizierten Themen auch und gerade nach der Wahl eine wichtige Rolle.

ATR: Viele Europäer sind nach wie vor der Überzeugung, dass Meinungsfreiheit, Glaubensfreiheit aber auch das türkische Rechtssystem noch ein gutes Stück entfernt sind von den Vorstellungen der Europäischen Union. Wie weit weichen Ihrer Meinung nach die Vorstellungen der EU und die real existierenden Verhältnisse in der Türkei in diesen drei Punkten voneinander ab und gibt es gute Aussichten, dass hier in der nächsten Legislaturperiode eine Annäherung erreicht wird?

Dr. Cuntz:

Die Europäische Union hat einerseits ein klares Bild von den Maßstäben, die ein Beitrittskandidat erfüllen muss. Andererseits liefert der jährliche Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission eine realistische Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation. In allen drei von Ihnen genannten Bereichen konstatiert die EU-Kommission noch erheblichen Handlungsbedarf.

Auch die türkische Regierung hat - insbesondere nach den Malatya-Morden - anerkannt, dass weitere Maßnahmen erforderlich sind. Ministerpräsident Erdogan hat nach dem Wahlsieg angekündigt, dass er den wirtschaftlichen und politischen Reformkurs fortsetzen will. Die Europäische Union und die Bundesregierung haben ihn auf diesem Kurs bestärkt. Insoweit besteht eine klare Erwartung, dass Ankara in dieser Legislaturperiode weitere Fortschritte in allen drei Bereichen machen muss.

ATR: Vielen Dank, sehr geehrter Herr Dr. Cuntz, für die Zeit, die sich für das Gespräch genommen haben, und Ihnen weiterhin eine glückliche Hand bei Ihrer Arbeit als Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der türkischen Republik.

© 2007-ATR

Weiterverwendung nur mit ausdrücklicher Genehmigung der ATR-Redaktion